

Resolution der Mitgliederversammlung der **Sozialistischen Linken NRW** am 13.05.10:

„Let's make it real!“

Die historische Chance für den Politikwechsel in NRW nutzen!

Die **Sozialistische Linke** gratuliert allen frisch gewählten Abgeordneten der LINKEN. Wir bedanken uns bei allen, die diesen Wahlkampf mitgetragen haben.

Die Mitglieder und die Anhänger der LINKEN erhoffen von diesem Wahlerfolg einen Politikwechsel. Nur durch eine Beteiligung der LINKEN kann der Einfluss der neoliberalen Parteien CDU und FDP ausgeschlossen werden. Das Wahlergebnis bietet die Chance, den Politikwechsel einzuleiten.

DIE LINKE ist aufgefordert, inhaltlich und personell gut vorbereitet in Sondierungsgespräche mit SPD und Grünen einzutreten.

Das vom Landesparteitag beschlossene **Dringlichkeitsprogramm** und die vom Landesvorstand beschlossenen ersten **10 Gesetzesinitiativen** der LINKEN sind dabei unsere Verhandlungsgrundlage.

Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass Fraktion und Landesvorstand sowie die gesamte Partei diese Forderungen als Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in NRW jetzt in den Kontakten mit Presse und Öffentlichkeit selbstbewusst vertreten.

Angesichts der unbewältigten Finanzkrise und unregelter Finanzmärkte sind wir uns darüber im Klaren, dass jede Landesregierung mit unvorhersehbaren drastischen Verwerfungen in ihren Handlungsspielräumen rechnen muss.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Schwarz-Gelbe Bundesregierung das Steuerkonzept der Linksfraktion aufgreift oder in anderer Weise zur Behebung der Haushaltsprobleme unseres Bundeslandes und der nordrhein-westfälischen Kommunen beizutragen beabsichtigt.

Mit Widerständen gegen etliche unserer Forderungen ist aber natürlich auch seitens SPD und Grünen zu rechnen.

Klar ist: DIE LINKE. NRW tritt konsequent für grundlegende Verbesserungen der Lebensverhältnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung in NRW ein – und das schließt bei möglichen Kooperationen mit anderen Parteien jeden Ansatz zu weiterem Sozialabbau, Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und Privatisierungen öffentlichen Eigentums aus.

Wir bestätigen den Beschluss des NRW-Landesparteitages vom Februar:

„Unser Dringlichkeitsprogramm zeigt die dringendsten Schritte für einen solchen Politikwechsel auf. Damit markieren wir zugleich auch die **Mindestbedingungen** für einen wirklichen Politikwechsel in NRW.“

Dazu gehören unter anderem die Einführung eines Tariftreuegesetzes, ein neues Landespersonalvertretungsgesetz, ein neues Ladenöffnungsgesetz, die Ausdehnung öffentlicher regulärer Beschäftigung, die Einführung von Sozialtickets im öffentlichen Nahverkehr, die sofortige Abschaffung der Studiengebühren, die sofortige Abschaffung der Kopfnoten, die Einführung „Einer Schule für alle“, die Umsetzung der landespolitischen Anteile des Zukunftsinvestitionsprogramms inklusive der Einrichtung eines Landesfonds zur Entschuldung strukturschwacher Kommunen, die Einstellung von 500 BetriebsprüferInnen sowie die Erleichterung von BürgerInnen-Begehren und -Entscheiden auf kommunaler und auf Landes-Ebene.

Eventuelle Kooperationsvereinbarungen dürfen nicht durch Finanzierungsvorbehalte in Frage gestellt werden.